

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 10

Artikel: Frankreichs Herrscher
Autor: Scheffler
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332473>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fehlt, daß die andern gehorchen dürfen«. Bei den alten Griechen folgte der Tragödie das Komödienspiel. Hinter der starren Maske eines Beamten- und Militärstaates das zweite Gesicht: ein Gemeinwesen, dessen sich eine bewaffnete Partei durch Ueberfall bemächtigt hat und das seitdem von ihr beherrscht wird. »Recht ist, was arische Männer für richtig befinden«, lehrt nach dem altindischen Gesetz des Manu der nationalsozialistische Kulturhelfer Rosenberg.

Im Dritten Reich zappelt hinter jedem Machthaber der herrschenden Partei ein speichelleckerischer Rechtsgelehrter her. Sie haben ihren Herren den »legalen« Uebergang von der Weimarer Republik zur gegenwärtigen Tyrannis bescheinigt. Sie haben die Massenerschießungen vom 30. Juni 1934 eilfertig für rechtens erklärt. Sie klagen sich zum Ergötzen ihrer Gebieter wechselseitig liberalistischer Gedankengänge an. Sie biegen das Recht des Stärkeren, das herrschende *Faustrecht*, in Offenbarungen uralter Rechtsweisheit um. Aber darf man sich über diese Gelehrten mit gutem Gewissen entrüsten?

Nur selten hat es das Ausland gewagt, solche schauerliche Verhöhnung von Recht und Gerechtigkeit beim richtigen Namen zu nennen. In der juristischen Fachpresse auch der demokratischen Länder Europas streicht man zumeist mit tiefgründigem Schmus um die »Rechtserscheinungen« nationalsozialistischen Gepräges herum. Man faselt von der »Wandlung des deutschen Rechtsdenkens«, von der »Irrationalität in der deutschen Rechtspflege«, von einer »neuen Gemeinschaftsordnung«, aber man schweigt sich ängstlich aus über Reichstagsbrand, gewalttätige Expropriationen, Plünderungen und Erschießungen. Man läßt sich einladen vom Dritten Reich, man schlürft die Schnäpse der braunen Gewalthaber, man lullt das bereits verkümmerte Rechtsgewissen ein. Vor 150 Jahren meinte der deutsche Philosoph Kant, wenn es keine Gerechtigkeit mehr auf der Welt gebe, verlohne es sich nicht mehr, zu leben. Die berufenen Vertreter des Rechtsgedankens in der heutigen Welt aber wollen leben und deshalb zucken sie nur die Achseln darüber, daß irgendwo Recht und Gesetz aufgehört haben, zu existieren.

Frankreichs Herrscher

Von Scheffler

Die Politik der französischen Linksparteien wird mehr und mehr von einem Leitgedanken beherrscht: dem Kampf gegen die 200 Familien, die mit Hilfe von Banken und Industrietrusts das gesamte wirtschaftliche Leben Frankreichs beherrschen. Das klassische Land des Kleinbürger- und Kleinbauerntums ist gleichzeitig das Land der höchstentwickelten Kapitalkonzentration; enger als anderswo sind die Mammutkonzerne der einzelnen Industriezweige durch finanzielle Beteiligungen und durch gegenseitige Vertretung im Vorstand oder Aufsichtsrat verbunden; unmittelbar spürbar ist die Hand des allmächtigen Finanzkapitals. Die Krönung des ganzen Systems ist die Bank von

Frankreich, von der aus nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische Geschehen im Interesse eben jener 200 Familien gelenkt wird.

Die Banken. Napoleon I. gab im Jahre 1806 der Bank von Frankreich ihr Statut, das sich nun 130 Jahre hindurch als ein vorzügliches Instrument in der Hand der herrschenden Klasse bewährte. Zwar sind die Aktien der Bank in der Hand von 40,000 Aktionären, zwar stehen im Verwaltungsrat zwölf Vertretern der Aktionäre sechs Vertreter der Regierung gegenüber. Aber das Statut traf Vorsorge, alle Macht den Reichsten des Landes anzuvertrauen. Nur die 200 Aktionäre, die die größten Aktienpakete besitzen, haben Stimmrecht in den sogenannten »Generalversammlungen«; nur sie wählen also die zwölf Regenten, die die Aktionärinteressen vertreten und neben denen die drei Regenten der Regierung eine recht hilflose Rolle spielen. Die drei beamteten Gouverneure gar werden von ihren zwölf Kollegen vollständig in der Hand gehalten. Das Gesetz bestimmt, der Generalgouverneur müsse 100 Aktien, die Untergouverneure je 50 Aktien besitzen; das sind heute 1 Million beziehungsweise 500,000 französische Franken. Kein Beamter dürfte über eine solche Summe verfügen, ein jeder ist auf den Kredit angewiesen, den ihm die Bankier-Regenten zur Verfügung stellen müssen. Kein Gouverneur hat unter diesen Bedingungen sich irgendeiner Forderung der Regenten verschließen können; versuchte er es dennoch, so mußte er nach kurzem, verzweifelterm Ringen seinen Platz verlassen; hatte die Regierung ihn zu stützen versucht, so mußte auch sie weichen.

Aber die Macht der Regenten geht weiter: bei jeder Regierungsbildung pflegt der mit der Bildung Beauftragte den »Rat seiner Freunde einzuholen«. Unter diesen Freunden spielen die wichtigste Rolle jene Regenten, denn ohne ihre Kredite kann keine Regierung am nächsten Monatsende ihren Verpflichtungen nachkommen. Gelingt eine Einigung mit den Regenten nicht, so muß der Kandidat auf die Ministerpräsidentschaft verzichten. Gelingt sie, so nur unter den Bedingungen, die die Regenten gestellt haben: dem Verbot, an Heereslieferungen, Flottenbauprogramm und Subventionen der Schifffahrts- wie Eisenbahngesellschaften zu sparen, die hohen Zinssätze der Schatzanweisungen herabzusetzen.

Denn jene Regenten sind gleichzeitig die mächtigsten Industriekapitäne des Landes, die an der Aufrüstung verdienen und mit Hilfe der Subventionen ihre Dividenden erhöhen; sie sind die einflußreichsten Privatbankiers und Aktionäre oder Vorstandsmitglieder der Großbanken, für die besonders bei Emissionen jeder überhöhte Zinssatz einen erhöhten Gewinn bedeutet. Die zwölf Regenten sind an nicht weniger als 28 Banken interessiert, an 17 Transportgesellschaften, 6 Großbetrieben der Metallindustrie, 13 Bergwerksbetrieben, 11 Werken der chemischen Industrie, ohne daß damit die Beteiligungen erschöpfend aufgezählt wären. Die zwölf Regenten sind in 95 Gesellschaften vertreten, und da fast immer mehrere in einer Gesellschaft

sich zusammenfinden, so nehmen sie insgesamt 150 leitende Stellen ein. Kaum ein Zweig der französischen Wirtschaft bleibt von ihnen unkontrolliert. Da der größte Teil dieser Mächtigen schon seit Generationen den Verwaltungsratsposten in der Bank bekleidet, so hat Frankreich statt der einen königlichen Familie gleich ein ganzes Dutzend von Herrscherfamilien gefunden.

Nicht weniger als die Hälfte der Regenten besitzt Familienbanken, die ihren Namen seit vielen Jahrzehnten tragen. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit kommt diesen Banken keine erhebliche Bedeutung zu; tatsächlich sind sie aber an allen wichtigen Anleihen und Emissionen beteiligt. Direkt mit dem französischen Sparer in Verbindung sind zwei Riesenbanken: die Société Générale und der Crédit Lyonnais. Jene wird von der Banque de Paris et des Pays-Bas aus durch den Großbankier Finaly, diese von der Union Parisienne aus durch den Großindustriellen Schneider beherrscht. Finalys Finanzmacht reicht über die ganze Welt. Er beherrscht nicht nur die wichtigsten Banken von Süd- und Zentraleuropa, er ist nicht nur an der englischen Midland-Bank interessiert, sondern auch in Aegypten, Kanada, Mexiko und Südamerika wird kaum eine Kreditaktion vollzogen, die nicht von ihm kontrolliert wäre; über die ganze Welt rollen die Franken des französischen Sparers. Auch die Banken Schneiders sind in Asien kaum weniger einflußreich als in Europa. Diese Internationale dient aber in allererster Linie den blutigen Rüstungszwecken. Ihre »Filialen« heißen in England Vickers, in der Tschechoslowakei Skoda. Sie finanziert in Japan die Steelworks, in Essen Krupp, in Spanien die Placenda de Las Armas, in Berlin Pintsch. Sie macht in jedem Land auch bei dem künftigen Feind Geschäfte an der Aufrüstung und lacht sich ins Fäustchen, wenn einst die Geschütze aller Welt, gegeneinander gerichtet, den Gewinn ausspeien, den die blutige Internationale eingeheimst.

In den Verwaltungsräten der Banque de Paris et des Pays-Bas wie der Union Parisienne finden wir neben einigen Regenten der Banque de France fast ausschließlich Bankiers und Industriekapitäne, die gleichzeitig an den wichtigsten Unternehmungen des Landes beteiligt sind. Hier sind die »Kommandohöhen«, von denen aus die 200 Familien ihre Herrschaft über alle Zweige der französischen und oft der Weltwirtschaft ausüben.

Die Kriegsindustrien. In keiner anderen Industrie ist die Organisation der Kapitalisten so vollkommen, wie in allen Zweigen der Kriegsindustrie, und nirgends sind die Gewerkschaften so schwach, wie unter den Arbeitern eben jener Industrien.

Die Schwerindustrie hat ein ausgedehntes Verkaufskartell gegründet, dessen vornehmste Aufgabe darin besteht, die Preise weit über den Weltmarktpreisen zu halten. Ihm zur Seite steht das berühmte Comité des Forges, das vielleicht die bedeutendste gesellschaftliche Macht im heutigen Frankreich darstellt. Dieses Komitee wacht über alle sozialen Fragen, alle öffentlichen und privaten Maßnahmen, die die Schwerindustrie interessieren könnten. Durch seine

Veröffentlichungen und die von ihm beherrschten Zeitungen, den »Temps« — gleichzeitig das offizielle Organ des französischen Außenministeriums — und das »Journal des Débats«, bearbeitet es die öffentliche Meinung, übt einen mehr oder weniger sanften Druck auf die Regierung aus und beeinflusst das Parlament. In der Steinkohlen- und der chemischen Industrie finden wir die gleichen Organisationen: das Comité des Houillères und das Comité des Industries Chimiques.

Drei der wichtigsten Werke der Schwerindustrie sind in der Hand des Regenten der Banque de France, des Monsieur de Wendel, dessen Vettern als Herren von Wendel in Deutschland die gleichen schmutzigen Geschäfte treiben, wie ihr französischer Verwandter. M. de Wendel versorgt heute das aufrüstende Hitler-Deutschland mit den wichtigsten Eisenerzen und setzt damit nur die Traditionen fort, die er während des Weltkriegs gepflegt hat. Als damals, gleich zu Anfang des Krieges, die deutsche Armee sich der Stahlwerke bei Briey bemächtigt hatte, die M. de Wendel gehören, hätte man meinen sollen, die Franzosen würden wenigstens mit ihrer Luftwaffe versucht haben, jene Werke zu zerstören, die in der Hand des Feindes waren. Aber nichts dergleichen geschah. Trotz der verzweifelten Bemühungen junger Offiziere hielt das französische Oberkommando an dem Verbot des Bombardements jener Gegend fest. M. de Wendel hatte durchgesetzt, daß seine investierten Kapitalien nicht zerstört wurden, mochte damit auch dem Feind das Material für immer neue Munition in die Hand gegeben werden. Obwohl diese Zusammenhänge längst in allen Einzelheiten aufgedeckt wurden, ist auch heute noch de Wendel Senator und Regent des zentralen Notenbankinstituts. — Auch mit der blutigen Rüstungsinternationale ist er durch die »Banque de l'Union Parisienne« verknüpft. Er besitzt Bergwerke, die mitten in der Krise mehr als 4 Millionen französische Franken Reingewinn aufwiesen, und er hat außerdem die Aufsicht über Versicherungs- und Eisenbahngesellschaften.

Noch straffer zusammengefaßt als die Schwerindustrie und die Kohlenbergwerke ist die chemische Industrie, die heute auch in Frankreich über 200,000 Personen beschäftigt und an Bedeutung ständig zunimmt. 1925 erfolgte der Zusammenschluß der beiden großen Arzneimittelfabriken: der Usine du Rhône und der Etablissements Poulenc. Hier herrscht jetzt unbestritten der Bankregent Poulenc. Ein anderer Regent der Bank von Frankreich, Duchemin, kontrolliert nach einer anderen bedeutenden Fusion der letzten Zeit nicht weniger als 95 Prozent der gesamten französischen Farbenindustrie, vor allem die bedeutenden Kuhlmann-Werke.

Das Transportwesen. Es ist bekannt, daß fast alle französischen Eisenbahnlinien sich in privaten Händen befinden. Das will aber nicht sagen, daß sie mit privatem Kapital betrieben würden. Das jährliche Defizit der privaten französischen Eisenbahnen überschreitet seit Jahren 4 Milliarden französische Franken, und diese Milliardenschuld wird durch Anleihen gedeckt, die niemand anders als der Staat garantiert. Der Staat also hat die Verluste zu tragen, die Gewinne aber stecken

jene Herren ein, die sich in allen Verwaltungs- und Aufsichtsräten der großen Eisenbahngesellschaften wiederfinden. Hier herrscht vor allem der Bankregent und Privatbankier Edouard de Rothschild; sein Aktienpaket der Verkehrsunternehmungen beträgt fast 1 Milliarde. Kaum weniger besitzt der Rüstungsgewaltige Schneider. Sie werden noch bei weitem von manchen ihrer Kollegen in den Verwaltungsräten der Bahnen übertroffen: einer der Vorsitzenden der Paris-Lyon-Méditerranée-Gesellschaft repräsentiert in 22 Gesellschaften über 2 Milliarden französische Franken. Bei allen anderen Gesellschaften sind die Verhältnisse ähnlich. Hier enthüllt sich bereits das Geheimnis des jährlichen Riesendefizits zum Teil. Die Banken, die von den Verwaltungs- und Aufsichtsräten der Eisenbahngesellschaften gleichzeitig vertreten werden, haben ein hohes Interesse an recht häufiger Auflegung von Anleihen, denn eben hieran verdienen die Banken ihre Kommissionen. Die Berg- und Stahlwerke, die sie vertreten, liefern das unentbehrliche Material für die Erneuerung des Ober- und Unterbaus; es wird daher weder mit Reparaturen noch mit Kohle gespart. Die Elektrizitätswerke, deren Interessen sie wahrnehmen, liefern den Strom für elektrifizierte Linien, also wird selbst dort die Elektrifizierung vorgenommen, wo sie unrationell ist.

Nicht anders ist die Lage bei den Schiffahrtsgesellschaften. Auch hier die Sozialisierung der Verluste, ohne daß darum die Gewinne in andere Taschen fließen, als in die der Herren von Finanz und Industrie. Die große Compagnie Générale Transatlantique erhielt 1928 nicht weniger als 23 Millionen vom Staat, 1931 wurde ihr sogar ein »Vorschuß« von 160 Millionen gewährt. Die Zentralisierung des gesamten Transportwesens zur See ist in einem riesigen Vertikaltrust erfolgt, der Schiffsbaufirmen ebenso erfaßt, wie Speditionsfirmen, und sogar an wichtigen Hotel- und Exportunternehmungen beteiligt ist.

Die Zentralisierung im Flugverkehr ist noch jung, aber darum nicht weniger bedeutsam. 1933 wurde aus fünf fast bankrotten Gesellschaften die Air-France gegründet und mit dem Kapital der Wagon-Lits, einer Eisenbahn- und der Suezkanal-Gesellschaft saniert. Der Verwaltungsrat ist denn auch zur Hälfte aus Großindustriellen und Bankiers, zu einem Viertel aus den Vertretern der Konstrukteurfirmen, schließlich auch zu einem Viertel aus Vertretern des Staates zusammengesetzt.

Das Versicherungswesen. Die Versicherungsunternehmungen sind in einem riesigen Trust zusammengeballt, der jedes Jahr über 10 Milliarden Prämienleistungen vereinnahmt. Von dieser Summe gehen höchstens 6 Milliarden auf Versicherungsleistungen und Reserven auf; der Rest fließt in die Taschen der gleichen Familien, die an den Transportunternehmungen, an Banken beteiligt sind, und deren Repräsentanten als Regenten die Bank von Frankreich beherrschen. Die enge Verbindung aller einzelnen Versicherungsunternehmungen wird allein durch die Tatsache illustriert, daß hundert Verwaltungsräte dieser Gesellschaften sich auf 274 Aufsichtsrats- und Verwaltungsratssitze im Versicherungswesen verteilen. Die politische Macht des Versicherungs-

trusts ist besonders groß. 1925 deckte eine parlamentarische Kommission auf, daß mit den Mitteln der Versicherungsgesellschaften bei der vorhergehenden Wahl alles bestochen worden war: Zeitungen, Wähler, Rechtsanwälte, ja, später selbst die Berichterstatter der untersuchenden parlamentarischen Kommission.

Die Kraftwirtschaft. Hier ist fast unumstrittener Herrscher Ernest Mercier. Er unterstützte bis in die jüngste Zeit die bedeutsamste faschistische Bewegung Frankreichs: die Croix de Feu. Von einer Rußlandreise aber kam er mit reichlichen Aufträgen und einem intelligenten Buch über seine Eindrücke von Rußland heim, so daß er jetzt die direkte Unterstützung eines antibolschewistischen Kampfverbandes aufgegeben hat. — Auch im Mercier-Trust finden wir die gleiche Verbindung mit den industriellen Unternehmungen anderer Zweige, die zu unsinnig teuren Bauten geführt hat und auf diese Weise dem Verbraucher die drückendsten Lasten auferlegt. So erklärt es sich, daß der Strom, dessen Kosten pro Kilowatt bei seiner Ankunft in Paris 13 Centimes betragen, an das Publikum für 1 bis 2 Franc abgegeben wird.

Auch in allen Zweigen der französischen Wirtschaft, die hier nicht erwähnt wurden, findet man das gleiche Bild: von wenigen Punkten aus wird durch wenige Personen ein ungeheures Kapital verwaltet, eine fast unbegrenzte Macht ausgeübt. Die Konkurrenz ist nicht verschwunden, um die Kosten für den Verbraucher zu senken, sondern um die Gewinne jener wenigen zu erhöhen, die jede Konkurrenz aus dem Felde geschlagen haben. Tatsächlich kehren auch überall die gleichen Namen wieder; die verschiedenen Familien sind noch dazu durch enge verwandtschaftliche Beziehungen verbunden. Es mögen wirklich nicht viel mehr als 200 Familien sein, die das gesamte Wirtschaftsleben und damit das politische und gesellschaftliche Leben des Landes kontrollieren.

Viel persönlicher ist daher im Bewußtsein der Volksmassen der Druck dieser Repräsentanten des Systems; viel unmittelbarer richtet sich ihr Haß gegen diejenigen, die den Kapitalismus verkörpern, als gegen den Kapitalismus selbst. Die gesamte Volksfrontbewegung ist dazu bestimmt, diesen Haß zu schüren und aus ihm die Kraft zu schöpfen, gegen das System selbst vorzugehen. Die Kommunisten sind in ihrer Propaganda so weit gegangen, alle Begriffe, wie Kapitalismus und Ausbeutung, überhaupt aus ihrem Wortschatz zu verbannen; bei ihnen gibt es nur mehr jene 200 Familien, die die Einigung des gesamten übrigen Volkes verhindern. Die Wahlresultate haben gezeigt, daß eine solche Propaganda ihre Wirkung gerade auf das französische Volk und seine im Grunde mehr konservative Mentalität nicht verfehlt.

Gefährlich kann eine solche Propaganda aber dann werden, wenn sie dazu führt, die Schwierigkeiten des Kampfes der Unterdrückten gegen die Ausbeuter zu unterschätzen, wenn zu leichtfertig geglaubt wird, es gelte ja »nur«, die 200 Familien von einem 40-Millionen-Volk wegzufegen, um dem Volk »Frieden, Freiheit und Brot« zu sichern.

Der Kampf gegen diese Zweihundert ist notwendig, weil er neue Energien wecken kann; er kann aber nur zu einem siegreichen Ende geführt werden, wenn der Angriff gegen das gesamte System erfolgt, wenn in seinen Vertretern der Kapitalismus selbst getroffen wird.

Ein Arbeitsloser schreibt den Mitgliedschaftsvorständen

Von * * *

Vorbemerkung der Redaktion. Wir veröffentlichen hier die Zuschrift eines Arbeitslosen, Aktuar einer größeren Arbeiterorganisation auf dem Lande. Was er sagt, verdient die Beachtung aller lokalen und zentralen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Seine Arbeit, die auf offenkundige Fehler und Unterlassungen hinweist, sollte namentlich von den Mitgliedschaftsvorständen und Funktionären gelesen, diskutiert und durch vermehrte Beschäftigung mit den Arbeitslosen beherzigt werden.

Durch Bildung, durch Kampf zum Ziel! ist ein oft gesprochenes, aufmunterndes Wort. Leider muß man aber feststellen, wie schwach der Mensch in dieser Beziehung ist und wie sehr er sich im allgemeinen vor dem Kampf fürchtet. Nicht nur der christlich sein wollende Mensch, sondern auch der in Lohn und Brot stehende Arbeiter, der Arbeitslose und nicht zuletzt manche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Eine wichtige Voraussetzung für die Neubelebung der Kampfeslust wäre ein kollegialeres Verhalten unter den Parteifunktionären, Berufsarbeitern, ungelerten Arbeitern und Arbeitslosen. Mit Bedauern muß man feststellen, wie ein großer Teil der Betriebsarbeiter Abstand nimmt von ihren Berufskollegen, die ein hartes Schicksal zwingt, Notstandsarbeiten zu verrichten. Der moralische Schaden, der durch ein solches Verhalten der Betriebsarbeiter gegenüber den Notstandsarbeitern entsteht, ist unabsehbar. Noch krasser kommt diese Entfremdung zwischen Behördemitgliedern, Parteifunktionären und Arbeitslosen zum Ausdruck. Es ist kaum vorstellbar, welch unerbittlicher Haß gesät wird, wenn der Arbeitslose das Empfinden hat, daß er von Gesinnungsgenossen verachtet oder gar verstoßen wird. Immer wieder muß der Arbeitslose feststellen, wie sich die besser gestellten Arbeiter während und nach den Versammlungen zusammentun, sich gesellig unterhalten, den Arbeitslosen aber nicht beachten, als zähle er nicht zu den vollwertigen Menschen. Der Arbeitslose fühlt es sofort, wenn ihm Verständnis für seine Lage entgegengebracht wird. Es nützt dem gewiegtesten Funktionär nichts, wenn er einen Wörterschwall losläßt — der Arbeitslose empfindet sofort, daß es nicht von Herzen kommt. Wenn solche Verhältnisse bestehen, dann ist es auch nicht verwunderlich, daß der Zusammenhang in der Bewegung immer lockerer wird. Dazu